KENIA

Auslieferung nach Den Haag?

Sechs Ministern der kenianischen Regierung und einer Handvoll Parlamentariern droht ein Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof. Zur Last gelegt wird ihnen die aktive Beteiligung an den blutigen Unruhen nach den Wahlen vor über einem Jahr, bei denen mehr als 1300 Menschen starben. Das Parlament lehnte in der vergangenen Woche ein nationales Sondertribunal zur Aufklärung der Verbrechen ab. Dass nun Den Haag zuständig wird, liegt an dem kenianischen Richter

ANTONY NJUGUNA / REUTERS

Unruhen in Nairobi (Dezember 2007)

Philip Waki, dem Vorsitzenden einer Untersuchungskommission, die nach den Unruhen eingerichtet worden war. Er hatte Namen und Untersuchungsergebnisse dem einstigen Uno-Generalsekretär Kofi Annan übergeben, der sie im Falle eines Scheiterns des Sondertribunals an Den Haag weiterleiten sollte. Das ist nun geschehen.
Die Abgeordneten haben aus unterschiedlichen Motiven ihre Zustimmung verweigert. Einige sehen die Ermittlungen in Den Haag besser aufgehoben als in der korrupten Heimat, andere wollen gar kein Tribunal und versuchen, Zeit zu gewinnen. „Blamables Versagen an politischer Führung“ attestierte die größte Tageszeitung „Daily Nation“ Präsident Mwai Kibaki und Premier Raila Odinga. Die Entscheidung ist aber nicht nur eine Niederlage für das Führungsduo. Sie schwächt die ohnehin angeschlagene Regierung weiter, und sie könnte in eine erneute schwere Krise münden, wenn demnächst tatsächlich Kabinettsmitglieder in die Niederlande ausgeliefert werden müssten.

Plünderungen nach Unruhen in Antananarivo

XINHUA / ACTION PRESS

MADAGASKAR

Jagd nach Ackerland

Bei blutigen Tumulten auf der viertgrößten Insel der Welt starben bislang 130 Demonstranten, Hunderte wurden verletzt. Bei den Unruhen spielt eine Vereinbarung der Regierung mit dem südkoreanischen Konzern Daewoo Logistics eine wichtige Rolle, der unentgeltlich 99 Jahre lang Mais und Palmöl auf der Hälfte der fruchtbaren Inselfläche anbauen will. Im Gegenzug soll Daewoo versprochen haben, Arbeitsplätze zu schaffen, Straßen, Schulen und Häfen zu bauen. Die Ernte soll nach Südkorea exportiert werden – obwohl über eine halbe Million Madagassen von Uno-Nahrungsmittelhilfe abhängig sind und die meisten der 20 Millionen Inselbewohner sich von Feldfrüchten ernähren, die sie selbst anbauen. Die Bauern befürchten, dass sie nun vom eigenen Land vertrieben werden könnten. Der Bürgermeister der Hauptstadt Antananarivo, Andry Rajoelina, nutzt den Konflikt für seine eigenen politischen Ambitionen: Lauthals wettert er gegen den Ausverkauf des Landes durch Marc Ravalomanana,

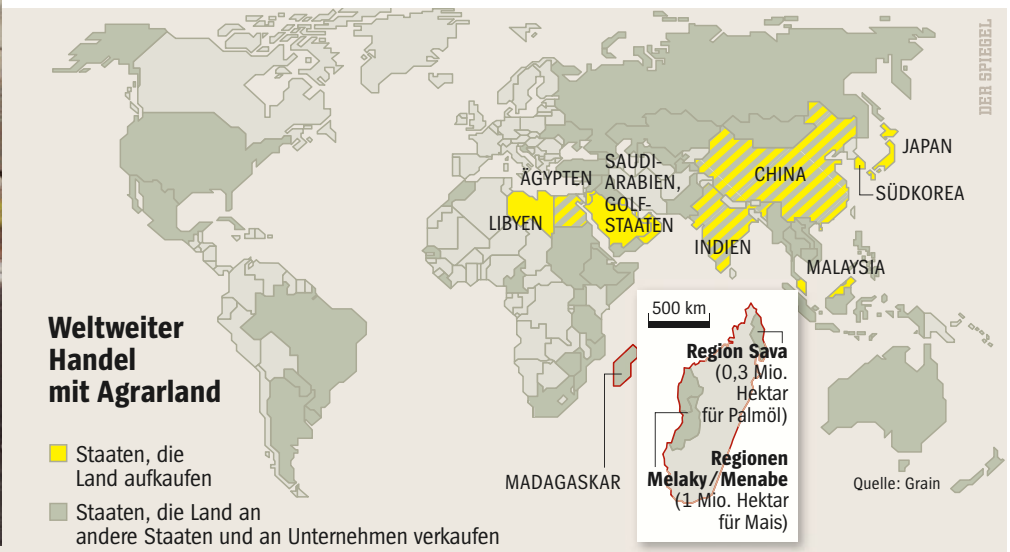
IRAN

Konkurrenz für Chatami

Der frühere Staatschef Mohammed Chatami, der sich erneut für das Präsidentenamt bewirbt, bekommt Konkurrenz im eigenen Reformlager. Ex-Parlamentspräsident Mehdi Karrubi, der wie Chatami als vergleichsweise liberal gilt, will auch am 12. Juni antreten. Angeblich hat er schon Ende vergangenen Jahres mit Revolutionsführer Ali Chamenei über seine Kandidatur gesprochen. Gegenüber dem SPIEGEL hatte Karrubi beteuert: „Chatami und ich treten nicht gegeneinander an.“ Karrubi hat geringere Aussichten auf einen Wahlsieg als sein Rivale, könnte ihm aber schaden. Denn ein zweiter Kandidat aus dem Reformlager dürfte die Wählerschaft spalten und Chatami wichtige Stimmen abnehmen. Der ehemalige Präsident ist in Iran nicht mehr so populär wie vor acht Jahren: Er hat in seiner Amtszeit viele Wähler enttäuscht, da er sich gegen die Radikalen nicht durchsetzen konnte. Amtsinhaber Mahmud Ahmadinedschad hingegen hat verlässliche Anhänger in Streitkräften, Sicherheitsdiensten und Revolutionsmilizen. Allerdings sind auch die Reihen der Konservativen nicht geschlossen: Die sogenannten Pragmatiker unter ihnen wollen ebenfalls mindestens einen Kandidaten aufstellen, etwa den Teheraner Bürgermeister Mohammed Ghalibaf oder den einstigen Atomunterhändler Ali Laridschani.

CAREN FIROUZ / REUTERS

Chatami bei Revolutionsfeier



den Präsidenten und reichen Unternehmer. Inzwischen bietet sich die Uno als Vermittlerin an, während Daewoo ankündigte, das Vorhaben aufgrund der politischen Instabilität vorübergehend auszusetzen.
Seit dem gewaltigen Preisanstieg für Nahrungsmittel im vergangenen Frühjahr versuchen immer mehr Staaten, Agrarland in der Fremde aufzukaufen oder zu pachten, um ihre Versorgung mit Grundnahrungsmitteln auf Dauer zu sichern. Auch Banken und Fonds investieren inzwischen in den Ackerbau. Südkorea ist der zweitgrößte Maisimporteur der Welt, die madagassische Ernte soll offenbar die Hälfte der bisherigen Importe ersetzen und langfristige Nahrungsmittelsicherheit zu günstigen Preisen garantieren. Vor allem die trockenen, aber ölreichen Golfstaaten erwerben in großem Stil Ackerflächen armer Länder im Tausch für Öl, Infrastruktur oder Technologie. Beliebt ist bei ihnen vor allem Ostafrika aufgrund der fruchtbaren Böden und kurzen Transportwege.

SPANIEN

„Operation Gürtel“

Zwei Wochen vor wichtigen Regionalwahlen wird die konservative Partei von Mariano Rajoy durch eine Korruptionsaffäre geschwächt. 37 Beschuldigte, darunter lokale Spitzenpolitiker und Unternehmer, sollen in von der Volkspartei beherrschten Gemeinden und Regionen, vor allem in Madrid und Valencia, ein kriminelles Netzwerk aufgebaut haben, in dem Beamte gegen Bestechung Aufträge und Baulizenzen vergaben. Spaniens bekannter Untersuchungsrichter Baltasar Garzón ließ die drei Hauptverdächtigen wegen Fluchtgefahr verhaften, mehrere konservative Lokalgrößen in Madrid mussten ihre Ämter niederlegen. Als Chef der Bande gilt der Geschäftsmann Francisco Correa, der in der Ära des konservativen Ministerpräsidenten José María Aznar die meisten Partei- und Privatveranstaltungen des Partido Popular (PP) ausrichtete – so auch die Prunkhochzeit von Aznars Tochter. Seit der Anzeige eines konservativen Gemeinderats sammelte eine Spezialeinheit, die der Operation zur Verschleierung den deutschen Decknamen „Gürtel“ gab, seit einem Jahr Beweise. Demnach sollen Correa (zu Deutsch: „Gürtel“) und seine Komplizen PP-nahe Staatsdiener mit Geschenken und Geld bestochen haben, um millionenschwere Aufträge, etwa im Wahlkampf, zu erhalten. Bezahlt wurden diese jedoch mit öffentlichen Geldern. Als Beleg für die Ausgaben sollen Beamte in den Gemeindeverwaltungen fingierte Rechnungen an Scheinfirmen ausgestellt haben – für Leistungen, die sie nie erhielten.

ANDREA COMAS / REUTERS

Parteichef Rajoy

GROSSBRITANNIEN

Kein Tag ohne Prozess

DEVLIN / DPA

Jacqui Smith, 46, britische Innenministerin, über den Umgang mit freigelassenen Guantanamo-Häftlingen

SPIEGEL: Welche Erfahrungen hat Großbritannien mit der Aufnahme von Häftlingen aus dem US-Gefangenenlager Guantanamo gemacht?
Smith: 13 Häftlinge sind zurückgekehrt, 9 britische Staatsbürger und 4 mit Aufenthaltsgenehmigung. Alle leben heute als freie Bürger unter uns.
SPIEGEL: Gab es Proteste der betroffenen Kommunen?
Smith: Ich glaube, sie haben verstanden, wie viel Leid Guantanamo für Muslime bedeutet. Und schlimmer noch, dass es unsere Werte, unsere Demokratie und die Menschenrechte untergräbt.
SPIEGEL: Sind die Heimkehrer in Großbritannien vor Gericht gestellt worden?
Smith: Nein, es gab keine neuen Verfahren. Wir haben aber Sicherheitsmaßnahmen ergriffen.
SPIEGEL: Werden sie überwacht?
Smith: Sagen wir es so: Wir würden es bemerken, wenn sie extremistische Aktivitäten aufnehmen würden.
SPIEGEL: Wird Großbritannien weitere Häftlinge aufnehmen?
Smith: Es gibt in Guantanamo jetzt noch zwei Häftlinge mit Wohnrecht in Großbritannien, um deren Rückkehr wir uns bemühen. Allerdings haben wir schon mehr Gefangene aufgenommen als jedes andere Land.
SPIEGEL: Deutschland wurde erst vor kurzem mehrfach per Videobotschaft mit Anschlägen gedroht. Wie schätzen Sie die allgemeine Situation ein?
Smith: Sie ist sehr ernst. Wir sind überzeugt, dass jederzeit und ohne Vorwarnung ein Anschlag passieren kann. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Erfolge. 2008 wurden bei uns 50 Personen in Terrorprozessen verurteilt, und in diesem Jahr wird es keinen einzigen Tag geben, an dem kein derartiger Prozess stattfinden wird.
SPIEGEL: Britische Regierungsmitglieder sprechen nicht mehr von „islamistischen Terroristen“, sondern von „antiislamischen Aktivisten“. Warum?
Smith: Die Ideologie des Hasses kann eine große Anziehungskraft entfalten. Dafür bedarf es einer bestimmten Sprache und bestimmter Botschaften. Wir müssen unsere eigenen Botschaften dagegensetzen – dass es um Verbrechen geht, die mit den Prinzipien des Islam nichts zu tun haben.